

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“
Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: Im Monat Oktober 18 000 000 M., und Nachzahlung. Ein einzelnes Exemplar 5 M. 10. Anzeigerpreis: Die einseitige Seite über 1000 Grundzahl M. 45, Grundzahl einer Zeile 1 M. 150. Die Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 12 345 678 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100 zu multiplizieren. Bei Wiederholungsarbeiten.

Nr. 150

Ultensteig, Donnerstag den 25. Oktober.

Seitgang 1933

Aufruf des württembergischen Militärbefehlshabers.

An die Bevölkerung in Stadt und Land!

Die Not in unserem Volk hat sich durch feindseligen Druck von außen, durch inneren Haß und durch Mangel an Rohstoffen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln aufs Traurigste vermehrt. Das Geld des Reiches hat kaum mehr Kaufkraft. Das neue goldwertige Geld ist noch nicht verfügbar. Wir stehen mitten in den Tagen ernstester Sorge.

Demgegenüber muß sich das ganze Volk, müssen sich alle Berufsklassen und Klassen als Notgemeinschaft noch fester zusammenschließen. Nur in gegenseitiger Hilfe können wir über die schlimmsten Zeiten hinweg zu besseren gelangen. Mit dem größten Nachdruck muß überall denen entgegengetreten werden, die jetzt noch die Volkstreue gegeneinander verhetzen. Ich werde Anschläge dieser Art ohne Ansehen der Person und Richtung, von der sie kommen, mit der Schärfe unterdrücken, die unserer äußersten Notlage zukommt.

Im Augenblick ist die Not in den Städten am größten. Hunger ist der Keimboden der Verheerung und der Gewalttaten. Die Landwirtschaft darf sich der Gefahr, die auch ihr aus der Nahrungsmittelnot der städtischen Bevölkerung erwächst, nicht verschließen. Der Fleiß des Bauern verliert seinen hohen sittlichen Lohn, wenn nicht auch den Armen in der Stadt daraus das tägliche Brot erwächst. Die diesjährige Ernte muß schneller als bisher in die Hände der hungernden Stadtbevölkerung kommen und der Geldnot muß Rechnung getragen werden, ohne dem Landwirt den berechtigten Entgelt für seine Erzeugnisse zu versagen. Ich fordere alle Erzeugerkreise aufs dringendste auf, dem Gebot dieser Stunde gerecht zu werden.

Ich verbiete jede Propaganda in Wort und Schrift, die die Zurückhaltung von Lebensmitteln zum Ziele hat. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft.

Ich bevollmächtige die betreffenden Ministerien bzw. höchsten Regierungsbehörden, durch die ihnen unterstellten Ausführungsbehörden auf Grund des Ausnahmezustandes Schutzhaft über solche Verkäufer und Poßknechte zu verhängen, die in begründeten Verdacht stehen, Preistreiberei und unlauteren Handel mit Lebensmitteln getrieben zu haben. Die Verhafteten sind alsbald der öffentlichen Gerichtsbarkeit anzuführen.

Wo stehen wir?

Vor dem Chaos, vor dem Zerfall, vor dem Ende Deutschlands — sagen die einen, und die anderen: Es ist nur eine Episode, was wir erleben, man muß sich nur verhalten, eine Notgemeinschaft bilden und gegen 1.) abwärtsführenden Teuerungsspiral sich wehren, 2.) inwärts auch einmal wieder besser; so kann es nicht weitergehen, man muß sich selber helfen oder wenigstens den Willen dazu haben.

Nichts von alledem wird Erfolg haben. Weder der Umsturz, noch die Zwangswirtschaft. Keine „Maßnahme“ — was haben wir in diesen letzten fünf Jahren schon von Verordnungen und Maßnahmen der verschiedenen Regierungen gesehen! — und kein Gesetz und keine Regierung, welcher Art sie auch sei. Hilfe und Befreiung in den wirtschaftlichen Not und dem riesenhaften Maße der Teuerung und Geldentwertung kann nur wieder Geld, oder besser gesagt, Gold, bringen. Ausländischer Kredit, ausländische Geldhilfe in Verbindung mit einer völligen Neuordnung unseres ganzen parlamentarischen und staatlichen Apparats. Alles andere bedeutet nur ein Lavieren auf schwankender Grundlage.

Was verursacht denn den Markzerfall, die riesenhafte Teuerung? Warum sind heute 150 Millionen Mark nur 1 Pfennig oder ein Milliardenstein nur fünf Pfennig? Weil das Ausland unser Geld so nieder bewertet, weil wir im Unsinne Papiergeld gedruckt haben, weil wir täglich im Reich 10 mal mehr ausgeben als wir einnehmen, weil wir in wenig Wochen ein neues Geld haben, weil wir uns täglich selbst belügen, indem wir nach Goldmarkt rechnen und aber uns im Kassenkauf der Milliarden und Millionen abheben. Noch tausend andere Gründe gäbe es. Vor allem politische, z. B. weil wir zu erfüllen versprochen, was wir nicht

In gleicher Weise ist gegen Geldhebe und Lebensmittelhändler vorzugehen.

Das Ansehen von Goldmarkpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist nicht als unzulässig zu bezeichnen, es entspricht aber der traurigen Lage großer Verbraucherkreise und ist daher angezeigt, die Goldmarkpreise unter den Friedenspreisen zu halten. Selbstverständlich ist die Preisfestsetzung in Papiermark gleichfalls zulässig. Die Preisgrenzen haben sich im wesentlichen nach der allgemeinen Marktlage zu richten. Daneben wird es Ehrensache leistungsfähiger Landwirte sein, bei Abgabe von kleinen Mengen dem Kleinverbraucher besonders billige Preise zu machen.

Jeder Landwirt ist verpflichtet, Bezahlung in Goldmark anzunehmen. Einer Bezahlung in Goldmarkanweisungen des Reiches werden zweckmäßigerweise Hindernisse nicht entgegengehalten. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß Steuern in Goldmarkanweisungen zahlbar sind und ebenso Lieferungen des Stroh-, Stroh- und Strohhalms.

Die Landwirte fordere ich auf, sofern sie über 3 Morgen Kartoffeln angebaut haben, dafür zu sorgen, daß bis Mitte November wenigstens 30 Prozent ihrer Ernte dem Verbrauch zugesichert sind. Ich werde jederzeit feststellen, ob dieser Mahnung freiwillig in genügendem Umfang Rechnung getragen worden ist.

Die Regierungen ersuche ich, die Stadtgemeinden zu überwachen, ob sie die nötige Vorsorge dafür getroffen haben, daß auf den städtischen Märkten Kartoffeln zum Kleinverkauf verfügbar sind, andernfalls sind sie dazu anzuhalten und gegen die Säumigen Vollmachten zum Einschreiten von mir einzuholen, zu dem der Ausnahmezustand berechtigt.

Die Stadtgemeinden haben ferner bei der Preisbildung für die wichtigsten Nahrungsmittel in der Richtung mitzuwirken, daß die Sprünge, mit denen die Preise der Geldentwertung folgen, keine unerträglich plötzlichen werden. Ich ersuche die Regierungen, auch in dieser Richtung hin solche notwendigen Maßnahmen, zu denen nur der Ausnahmezustand die Handhabe geben kann, mir umgehend in Vorschlag zu bringen. Ich erwarte, daß sowohl die Wirtschaftskreise wie alle amtlichen Berufsstellen sich mit äußerster Tatkraft der Lebensmittelnot und Teuerung unterwerfen, damit wir über die nächsten Tage hinwegkommen, bis die Maßnahmen des Reiches zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes eine Besserung dringen können. Der Anhaber der Volkstreue und jedem Internationalismus! gez.: Reinhardt, Generalleutnant.

konnten, weil wir kein Vertrauen zu einander haben usw.

Darum brauchen wir als zweites eine neue innenpolitische Orientierung. Diese hängt zusammen mit der Verfassung und dem Parlamentarismus. Darum geht es bei dem Streit zwischen Bayern und dem Reich. Der Philosoph Spengler sagte schon: „Die entscheidenden Probleme liegen nicht in der Ausarbeitung von Verfassungen, sondern in der Organisation einer gut arbeitenden Regierung! Daran fehlt es. Reich und Länder haben sich unter der Weimarer Verfassung weit mehr auseinanderregiert als unter dem alten Obrigkeitsstaat Bismarckscher Verfassung. So betrachtet man in Bayern die derzeitige Krise mit dem Reich in erster Linie als eine Verfassungskrisis und Regierungskrise. Und der vom Reichsrat anzubahmende Ausgleich kann nur gefunden werden auf dem Wege einer Verfassungsreform. So wie es jetzt ist, kann jede einzelstaatliche Regelung, die notwendig ist zur Erhaltung des Bundesstaats, vom Reich aus unterdrückt werden. Wir hätten z. B. im Süden in den letzten Jahren unter der Zwangswirtschaft viel bessere Verhältnisse im Ernährungsweisen der großen Städte gehabt, wenn nicht immer wieder die Reichsgewalt drohend gesprochen hätte. Und die andere Seite liegt im Parlamentarismus, in der Parteiwirtschaft der Regierungen. Das gilt vor allem vom Reich. Nach dem Berliner Partei- und Koalitionsrezept soll man auch in München, Karlsruhe und Stuttgart regieren. Das tötet jedes Eigenleben der Länder, der Volkstämme und der Volksgeschichte. Also zunächst innere Reformen im staatlichen Apparat, in der Diplomatie und Politik, als den Grundlagen jedes Zusammenlebens. Dann aber auch eine nationale Grundlage schaffen, nicht im parteipolitischen Sinne, sondern im wahrhaft deutschen Bewußtsein, frei von jeder Weltbürgerei und jedem Internationalismus! Vermögen wir angesichts der Not im Innern,

des Zerfalls nach außen, des Bruderkampfs in deutschen Landen noch die Kraft zu dieser Erneuerung des staatlichen Lebens aufzubringen? Vermögen die Regierungen die Macht der überorganisierten Berufs-Wirtschaftskverbände zu sprengen, um das deutsche Volk und das Reich zu erhalten? Den Mangel an die Einheit des Reiches können uns selbst die schlimmsten Verhältnisse nicht rauben. Das ist ein Lichtblick. Aber drinnen an Rhein und Ruhr wird mit den Sonderbündlern von entworfenen Deutschen um die Erhaltung des schönsten, fruchtbarsten Landes im Reich gerungen, während im Innern die militärische Reichsmacht das Land Sachsen besetzt zur Herstellung ordnungsmäßiger Zustände. Und dröben in Hamburg und in anderen Städten des Reiches erhebt sich der blutrote Aufbruch und nagt an den Wurzeln des Reiches. In der bayerischen Pfalz aber ist durch die Rheinlandkommission ein neuer Vertriebsbrauch vollzogen worden: Die Pfalz wurde zum selbständigen Staat erklärt mit Hilfe unserer Sozialisten.

Die Würfel des Schicksals rollen über das deutsche Land.

Eine Loslösung der Pfalz?

Ludwigshafen, 24. Okt. In der Sitzung des Kreistages der Pfalz hat der Vertreter der Rheinlandkommission, Major Louis, das Wort zur folgenden offiziellen Erklärung genommen:

In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die alternativen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, in Anbetracht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlich, gegenüber der hohen interalliierten Kommission zur Mitarbeit für Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, welche zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind.

Der Vorsitzende des Kreistages erklärte hierauf dem Vertreter der Rheinlandkommission, daß er heute nachmittags 4 Uhr dem Herrn General den Bescheid des Kreistages übermitteln werde.

Er fuhr dann fort: Der Beschluß ist durch Verhandlungen zustande gekommen, die der Bürgermeister Aeschoff, zweiter Bürgermeister von Ludwigshafen, Rechtsanwalt Wagner und der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann in Kaiserslautern, alle Führer der Sozialdemokraten in der Pfalz mit General de Mes geführt haben. Ich glaube, daß Sie alle tief erschüttert von dieser Mitteilung sind und schlage vor, die Sitzung zu unterbrechen, um den Parteien Gelegenheit zur Beratung zu geben.

Darauf meldete sich der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Kreistages zum Wort und bat, daß der Abg. Hoffmann-Kaiserslautern, der mit dieser Erklärung in Verbindung stünde (1), im Kreistage das Wort ergreife zur näheren Erläuterung der Umstände, die zu dieser Erklärung geführt hätten. Der Kreistag verweigerte dies aber mit einer Mehrheit von 13 Stimmen.

Nach der Beratung der Parteien erklärte der Vorsitzende, Dr. Beyerhördter, nachdem er die Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission nochmals verlesen hatte, folgendes:

„In der vorliegenden Frage ist der Kreistag der Pfalz nach den geltenden reichsgesetzlichen Bestimmungen (§ 18 der Reichsverfassung) in keiner Weise zuständig. Damit ist der Antrag für uns vorläufig erledigt.“

Nachdem sich niemand von den Kreistagsmitgliedern zum Wort gemeldet hatte, erklärte der Vorsitzende zum Schluß:

„Ich habe mich damit meiner Aufgabe entledigt. Ich besah vorher die Mitteilung, daß in der Nacht von gestern auf heute das Reichskabinett sowohl wie die bayerische Regierung sich mit der Frage eingehend beschäftigt haben. Die Reichsregierung sowohl wie die bayerische Regierung haben die Bildung eines neuen Staates in jeglicher Form als Landesverrat bezeichnet.“ (Stürmische Zustimmung der Kreistagsmitglieder und einer großen Anzahl der Tribünenbesucher.)

Damit schloß die Sitzung



demokratischen, verfassungsmäßig heute einen Anlauf, der betont, daß die Stände gekommen sei, wo die Pfalz sich von Bayern lösen mußte, nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offenes Rebellion gegen die deutsche Republik begeben.

M.Z. Spitzer, 24. Okt. Der pfälzische Revolutionsrat hat den Antrag, die Pfalz zum selbständigen Staat auszurufen, einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, abgelehnt.

M.Z. Spitzer, 24. Okt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung des pfälzischen Revolutionsrates teilte der Vorsitzende Bagerdorfer mit, daß von General de Rich eine Antwort bisher nicht zu erlangen gewesen sei. Die Sitzung wurde darauf bis Freitag Nachmittag 4 Uhr vertagt.

Die rheinische Putzbewegung.

Berlin, 24. Okt. Der von Aachen ausgehende Vorstoß, der das ganze Rheinland zu erfassen schien, ist zum Stehen gekommen. In einer ganzen Reihe von Orten hat die Bevölkerung unter führender Beteiligung der Arbeiterorganisationen die Separatisten und ihre bewaffneten Stoßtrupps, die in den Pariser und Brüsseler Mesungen stolz als „rheinische Truppen“ bezeichnet waren, zu Boden getrieben. Auch dort, wo irgendwelche Gebäude noch in der Hand der Putzisten sind, zeigt sich ihre vollkommene Nutzlosigkeit. In Wiesbaden sind die Separatisten aus allen öffentlichen Gebäuden nach ganz kurzer Anwesenheit wieder verschunden mit Ausnahme des Rathauses. Auch aus Mainz lagen an amtlichen Stellen günstige Nachrichten vor. Erfolgreich haben die Sonderbündler in größeren Städten bisher nur in Duisburg gehaßt und auch nur mit französischer Hilfe. Am Dienstag wurde dort von den Sonderbündlern, die in Stärke von 1000 Mann in die Stadt eingerückt waren, vor dem Rathaus die Rheinische Republik ausgerufen. Die Stadtwartung, die rechtzeitig alle Vorbereitungen zur Abwehr getroffen hatte, erhielt von General Beaurin ein Schreiben des Inhalts, daß die Polizei nicht einschreiten dürfe.

Die Niederlage der Sonderbündler.

Berlin, 24. Okt. Wie aus Frankfurt a. M. zusammenfassend berichtet wird, ist am Mittwoch der separatistische Gewaltstreik nach einigen anfänglichen Scheinerfolgen überall mißglückt.

Die Opfer von Aachen.

Aachen, 24. Okt. Bei der Befreiung der Stadt Aachen von den Sonderbündlern sind 1 Toter und 5 Verwundete zu beklagen. Das Verhalten der Schutzpolizei wird von amtlicher Stelle als musterhaft hingestellt. In den Händen der Sonderbündler befinden sich zwei namhafte Bürger der Stadt als Geiseln.

Kommunistenputsch in Hamburg.

Die Kommunisten haben in Hamburg einen Putschversuch unternommen, der in der Stadt und in den Vororten heftige Kämpfe verursachte, die noch nicht beendet sind. Im einzelnen wird folgendes darüber berichtet: Während der ersten Stunden des Dienstag traten an verschiedenen Stellen der Stadt bewaffnete Trupps auf, die die einzelnen Polizeiwachen in den äußeren Bezirken überzogen. Durch diesen Überfall setzten sich die Auführer in den Besitz von Waffen. Bald darauf begann jedoch der Gegenangriff, der sämtliche Wachen, bis auf vier, wieder freimachte. Da besonders die beiden Wachen in Fimsbüttel und Barmbeck schwer verteidigt wurden, mußten gegen 10 Uhr vormittags erhebliche Kräfte der Ordnungspolizei gegen Fimsbüttel eingesetzt werden, denen es bis 11 Uhr gelang, die Wachen wieder zu befreien. Bei diesen Kämpfen schossen die Auführer mit schweren Maschinengewehren und verwundeten die Mannschaften eines Panzerwagens. Dann ging die Polizei gegen die übrigen noch besetzten Wachen und gegen die auf Barrikaden kämpfenden Auführer vor. In der inneren Stadt blieb es verhältnismäßig ruhig. Plünderungen konnten verhindert werden. Nach der Einnahme der Wache 23 in Barmbeck trat zunächst Ruhe ein. Die Kämpfe haben allerdings schwere Opfer gefordert. Sieben Beamten haben ihr Leben eingebüßt, dazu kommt eine Anzahl Schwerverletzte, die bisher auf neunzehn angegeben wird. Die Zahl der Leichtverwundeten steht noch nicht fest. Zwei der Toten sind bei einem Kampfe in Fimsbüttel gefallen. Dort war um 4 Uhr auf Anforderung Hamburger Ordnungspolizei eingesetzt worden, die mit heftigen Gewehrfeuer empfangen wurde. In dem Feuergefecht, das sich daraufhin entspann, hatten auch die Auführer schwere Verluste. Fünf von ihnen wurden festgenommen. Fünf Beamte der Ordnungspolizei sind in diesem Kampfe verwundet worden. Auch in Fimsbüttel gelang es der Polizei, die Ordnung wieder herzustellen. Von der Krankentransportstelle der Polizeibehörde sind während des Tages insgesamt 108 Verwundete und 14 Tote abtransportiert worden. Etwas Genaueres über die Verluste der Auführer läßt sich im Augenblick noch nicht sagen, da bei den Opfern auch die der Ordnungspolizei eingerechnet sind.

Hamburg, 24. Okt. Ueber das Groß-Hamburger Gebiet ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Hamburg, 24. Okt. Wie verlautet, soll eine Torpedo-Bomb-Division im Hamburger Hafen einziehen, um den Reichs- und Staatsbehörden Schutz zu gewähren, und gleichzeitig für die Sicherung der im Hafen vorhandenen Lebensmittelvorräte Sorge zu tragen.

Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, haben die Hafenarbeiter die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Auch die überwiegende Mehrzahl der Mannschaften der

ragt die Arbeit in dem Hamburger, dem Altonaer und dem Harburger Hafen heute vollständig. Die Leitung der Vulkanwerft hat den Betrieb geschloffen und die gesamte Arbeiterkraft entlassen, nachdem am Montag mittig die Belagerung die Arbeit niedergelegt hatte.

Hamburg, 24. Okt. Die Finanzdeputation wird noch im Laufe dieser Woche wertlos erlösliches Geld herausgeben. Die Schließung von Lagersbetrieben ist angeordnet worden. Die Notstandskommission des Senates beschloß, an sämtliche Unterhaltungsempfänger eine einmalige Unterstützung zu bezahlen. Das Kriegsvorjungsamt wird die Hamburger Väterbetriebe durch besondere Belieferung in die Lage setzen, vor 24.—29. Oktober auf Brotarten Einheitslohn zum Höchstpreise von 4,2 Milliarden abzugeben.

Hamburg, 24. Okt. In der Nacht ist der Kreuzer „Hamburg“ und eine Torpedobootsflottille in Hamburg eingetroffen. Die Gewerkschaften erlassen eine Kundgebung an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der der von den kommunistischen Parteien angezettelte Aufbruch als Verbrechen an den Arbeitern bezeichnet wird.

Zwischen Wandrahed und Jäger mußte gegen kommunistische Banden Reichswache eingesetzt werden.

In Hamburg nimmt die Polisektion ihren Fortgang. Die Polizisten mußten gestern heftige Stürme auf die Wache abschlagen. Zwischen ihnen und den Belagerten entwickelte sich ein heftiger Kampf. Mehrere mußten flüchten. Verschiedene tote Auführer blieben auf dem Platze. Als in Dornstedt der Widerstand der Kommunisten gebrochen war, wandte sich die Polizei mit allen verfügbaren Kräften gegen den Hauptstich der Auführer, nach Schiffsbed, wo sich ungefähr 2000 Kommunisten festgesetzt und verschanzt haben. Nach 4 Uhr war die Widerstandskraft der Auführer gebrochen. Die Zahl der gefallenen Truppen ist auf 11 gestiegen, die der Verwundeten auf 34. Ein Beamter wird vermißt. Es gab noch eine Reihe Einzelkämpfer, die gegen die Kommunisten sich mit Maschinengewehren verteidigten.

Neues vom Tage.

Die Reichsratsitzung abgesetzt.

Berlin, 24. Okt. Die auf Mittwoch nachmittag 5 Uhr angesetzte Reichsratsitzung, in der bekanntlich Vermittlungsversuche in dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern gemacht werden sollten, ist in letzter Stunde abgesetzt worden. An Stelle der Reichsratsitzung wird um 5 Uhr in der Reichskanzlei eine Beratung der in Berlin anwesenden Ministerpräsidenten der Länder stattfinden.

Die nächste Reichstagsitzung.

Berlin, 24. Okt. Die nächste Vollsitzung des Reichstages wird voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden (?) und zwar am Freitag oder Samstag. Die endgültige Festsetzung des Termins hängt davon ab, wie der Reichsrat mit seinen Beratungen über die bayerische Frage fertig wird. Der Reichstag wird sich in seiner Plenarsitzung vornehmlich mit dem Arbeitszeitgesetz beschäftigen, das der Reichsrat bereits verabschiedet hat.

Politische Besprechungen in Hagen.

Berlin, 24. Okt. Am Donnerstag werden wichtige politische Besprechungen in Hagen stattfinden, an denen der Reichskanzler, der Innenminister und der Minister für die besetzten Gebiete teilnehmen wird. In den Besprechungen werden sämtliche politischen Parteien des alt- und neubesetzten Gebiets durch führende Persönlichkeiten vertreten sein, ebenso Vertreter der Berufsstände.

Wertbeständige Tarife bei der Reichsbahn.

Berlin, 24. Okt. Wie die Z.N. erfährt, sind beim Reichsverkehrsministerium alle Vorbereitungen getroffen, um wertbeständige Tarife für den Personen- und Güterverkehr durchzuführen, wenn die wertbeständigen Zahlungsmittel in den Verkehr gelangt sind.

Vor der Ernährungskatastrophe.

Berlin, 24. Okt. Der Zweckverband der Bäckermeister von Groß-Berlin wird, der „B.B.“ zufolge, den Magistrat darauf aufmerksam machen, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr in der Lage sei, den Bedarf Berlins zu decken und daß er die daraus entstehenden Folgen absehen müsse.

Auch am Dienstag fanden in Berlin wieder an verschiedenen Stellen der Stadt Lebensmittelunruhen statt. In Berlin ist der Preis für ein Vierpfundbrot auf 7,5 Milliarden erhöht worden.

Braunschweig, 24. Okt. In Schöningen und im Braunschweiger Kohlenrevier wurden am Dienstag nachmittag Bäckerei- und Lebensmittelgeschäfte geplündert. Zur Verstärkung der örtlichen Polizei wurde Schutzpolizei von Braunschweig entsandt.

Stettin, 24. Okt. Die Lage in Stettin wird immer bedrohlicher. Es bilden sich Aufmärsche vor den Bäckereien, da die Bäcker den Anforderungen der Bevölkerung nicht mehr genügen können. Besonders die Vorgänge auf der Vulkanwerft haben die Lage verschlimmert. Dort sammelten sich die Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude, so daß die Direktion um Schutz ersuchen mußte. Als die Polizei erschien, kam es zu Zusammenstößen, so daß die Polizei die Fabrik und die Straßen säubern mußte. Die Direktion hat die gesamte Belegschaft ausgesetzt, was nicht zur Beruhigung beitragen kann. Die Beförderung von Lebensmitteln nach der Stadt wird immer geringer, da die Landwirte die Annahme von Papiermarken meist verweigern.

M.Z. In Kassel kam es zu Unruhen und zu Ausschreitungen Arbeitloser, wobei die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch machen mußte. Ein Arbeiter wurde schwer, ein anderer leicht verletzt.

In Schöningen, im braunschweigischen Kohlenrevier, halten die Unruhen an. Die Plünderungen dauern fort.

Ein gewaltiger Sturm tobte letzte Nacht. Gleichzeitig ging ein so ansehnlicher Regen nieder, daß das Regolobit überrollt ist.

Gemeinderatsitzung vom 10. Okt. 1923. Anwesend der Vorsitzende und 12 Mitglieder des Gemeinderats. Zur Beratung steht die Festsetzung der Steuer Vorauszahlungen für 1923. Nach Berichterstattung über die in den letzten Monaten grundlegend geänderten wirt. Steueretze, insbesondere über das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetz und den hierzu erlassenen Ausführungsvorschriften wurde der Gemeindevorstand für das Rechnungsjahr 1923 vorläufig auf 20%, festgesetzt und die sich demnach errechneten Beträge der Vorauszahlungen auf das 200fache für das 1. Halbjahr (1. April bis 30. Sept. 1923) und auf das 40 000fache für jeden weiteren Monat des Rests des Rechnungsjahres der Steuerbeträge des Vorjahres bestimmt. Die verfallenen Beträge für die Monate April bis November 1923 sind bis spätestens 8. November an die Stadtkasse zu entrichten. Für verspätet geleistete Zahlungen wurden Aufwertungszuschläge erhoben. Die Frage der Erhebung einer Grundsteuer, eines Zuschlags zur Grundsteuer und der Hundsteuer im allgemeinen zulässigen Höchstbetrag zur Vermeidung von Abzügen an der Ueberweisung der Gemeindeanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer durch den Staat wurde zurückgestellt, bis die Ausfälle an den Anteilen der Stadtgemeinde an den gemeinnützigen Reichssteuerern bekannt sind.

An Woffenzins wird ab 1. 4. 23. 5000 M. je cbm. erhoben und der vierteljährliche Mindestbetrag für eine Familie auf 50 000 M. festgesetzt. Dem gesunkenen Geldwert werden die Verdichtungsgebühren, die Schlachthaus- und Fleischbeschlaggebühren, die Waggengebühren für die städt. Bodenbrückenwage und die Krankenhausverpflegungssätze sowie die Zuschlaggebühren angepasst. Bezieher betragen für Hefste das Einfache der Preisgebühren im Fernverkehr, Auswärtige haben das Doppelte zu bezahlen. Die Kasse für Geldverluste wurde auf den einmilionenfachen Betrag der Vorjahreszeit erhöht. — Dem Antrag des Polizeiwachmeisters Benzenbach um Zurufsetzung wird entsprochen und Schuhmann Postmann zum Polizeiwachmeister ernannt. Die erledigte Schuhmannstelle wurde dem Hauvergehilfen Friedrich Schauble hier übertragen. — Der Personenverkehr auf den beiden Kraftpostlinien Altenteil-Dornsteinen und Altenteil-Timmensfeld wird ab 1. Nov. d. J. eingeschränkt, da sich weder die beteiligte Amstidpostanstalt Nagold, noch die Stadtgemeinde zur Uebernahme des der Postverwaltung anfallenden Betriebsabwanges verpflichten können. Die Nachmittagsfahrten auf beiden Linien werden künftig noch ausgeführt. — Mitteilungen und Sonstiges sowie Beschäftigung der Wohnungen im städt. Neubau in der oberen Stadt bildeten den Schluß der Verhandlung.

Zur Gemeindevorlage für das Rechnungsjahr 1923.

Nach dem Besch über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 wird für dieses Rechnungsjahr die Höhe der Zuschläge zum Grund- und Gesamtkataster und zum Gebäudekataster und der steuerbare Gewerbesteuer erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1923 bestimmt. Die endgültigen Steuerzettel über die Staatssteuer und Gemeindevorlage für 1923 können also nicht vor dem Frühjahr 1924 ausgegeben werden. Der Staatssteuerzettel für das Rechnungsjahr 1923 beträgt 5 Proz. und der Gemeindevorlage vorläufig 20 Proz. Bis zur endgültigen Festsetzung der Zuschläge zu den Katastern sind auf die Staatssteuer und Gemeindevorlage für 1923 je in den ersten 8 Tagen jeden Monats Vorauszahlungen zu leisten, deren Höhe durch Beschluß des Gemeindevorstandes vom 19. d. Mts. für das 1. Halbjahr (1. April bis 30. September) auf das 200fache und für die übrigen Monate je Monat auf das 40 000fache der Steuerbeträge des Vorjahres festgesetzt wurde. Auf die Gewerbesteuer sind vom 1. Juli 1923 ab von Gewerbetreibenden mit 10 oder mehr Angestellten und Arbeitern Vorauszahlungen in Höhe von mindestens 1 v. H. der im Vormonat bezahlten Gehälter und Löhne zu leisten. Die sich schon zur Zahlung verfallenen Vorauszahlungen (für die Monate April bis November 1923) müssen bis spätestens 8. November an die Stadtkasse entrichtet sein. Für noch diesem Zeitpunkt und für die kommenden Monate nach dem 8. jeden Monats geleisteten Zahlungen sind Zuschläge zu leisten. Diese Zuschläge waren bisher ziemlich niedrig. Sie tragen der Geldentwertung keine Rechnung und haben nur für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefallenen Kalendermonat 15 Proz. des Rückstandes betragen. Seit 15. Oktober ist hierin Wandel geschaffen worden. Der Betrag der fälligen Zahlung wird durch den Goldumrechnungsfaktor für Steuer geteilt, der am Verfalltag maßgebend ist. Der sich durch die Teilung ergebende Betrag wird mit dem im Zeitpunkt der Zahlung maßgebenden Umrechnungsfaktor vervielfacht. Der Zuschlag beträgt, auch bei gleichgebliebenen oder geringerem Umrechnungsfaktor, mindestens 10 v. H. der ursprünglich fälligen Zahlung; er ist auf volle 100 000 M. nach oben aufzurunden und nur dann zu reduzieren, wenn die ursprünglich fällige Zahlung 2 Millionen M. übersteigt. Zur Erläuterung diene nachstehendes Beispiel: A. hatte im Rechnungsjahr 1922 an Staatssteuer und Gemeindevorlage zusammen 25 000 M. an die Stadtkasse zu bezahlen. Bis spätestens 8. November 1923 muß er, um vor der Aufwertung geschützt zu bleiben, an Vorauszahlungen leisten, das 200fache für das 1. Halbjahr, das 40 000fache für den Monat Oktober u. das 40 000fache für den Monat November, zusammen das 80 200fache von 25 000 M. = 2 005 Millionen M. Wäre dieser Betrag beispielsweise schon am 15. Oktober d. J. bei einem Goldumrechnungsfaktor für Steuer von 243 Millionen M. zur Zahlung verfallen gewesen und würde erst heute bezahlt,



Die neue Schuligkeit sich nicht folgt beschreiben: 9005 Millionen x 936 Millionen = 7723 Millionen M., 243 Millionen

Neue Eisenbahntarif-Erhöhung. Von Donnerstag den 25. Okt., ab werden die Schließelzahlen für die Eisenbahntarife im Personentarif 1 1/2 Milliarden und im Güterverkehr 3 Milliarden betragen. Der neue Goldumrechnungssatz für Reichsmark. Der Goldumrechnungssatz für die Reichsmark ab 24. Oktober beträgt 13 Milliarden 300 Millionen. Der Hundertmilliardenschein wird in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen.

Zur Kriegserklärung der A.S.D. schreibt die zündende Stelle: In der Nacht zum 23. Oktober fand von kommunistischer Seite ein Ueberfall auf das Schloß im Feuerbacher Tal bei Stuttgart statt, bei dem eine Anzahl von Gewehren geraubt wurden, die aber den Einbrechern durch die Polizei wieder abgenommen werden konnten. In verschiedenen Stellen Stuttgarts wurden kommunistische Handzettel angeheftet, die den Zweck verfolgten, die Angehörigen der Reichsmark zur Gehorsamsverweigerung und Meuterei aufzufordern. Sie wurden von der Polizei entfernt. Es ist aber als Zeichen der politischen Gleichgültigkeit der Bevölkerung anzusehen, daß sie da, wo die Flugblätter noch nicht entfernt waren, in großen Mengen hockortand, ohne sie selbst zu beseitigen, wo doch jeder nüchtern denkende Mensch wissen mußte, daß eine Zurückziehung des letzten Haltes der Staatsautorität gleichbedeutend mit dem Ende der Allgemeinheit und jedes Einzelnen ist. Mehr Courage in solchen Fällen ist not.

Verkehr mit Vieh und Fleisch. Eine Verfügung des württ. Ernährungsministeriums bestimmt, daß Personen, die in Württemberg mit Vieh, Fleisch (Frischfleisch oder Gefrierfleisch) Handel treiben oder gewerbmäßig Gelegenheit zum Absatz von Geschäften über Vieh nachweisen wollen, künftig, auch wenn sie bereits die Erlaubnis einer nichtwürttembergischen Behörde besitzen, für Viehmärkte und für den Verkauf vom Händler noch der besonderen Erlaubnis der württembergischen Landesversorgungsstelle, Abteilung Viehverkehr, bedürfen. Das gleiche gilt für nichtwürttembergische Metzger und Hersteller von Fleischwaren.

Die tägliche Bierpreis-erhöhung. Die württembergischen Brauereien haben wieder die Bierpreise erhöht. 100prozentiges Lagerbier kostet im Ausschank das Glas zu 0,3 Vtr. mindestens 1,2 Milliarden, die Flasche zu 0,5 Vtr. im Wiederverkauf über die Straße 2 Milliarden. Das Spezialbier kostet das Glas zu 0,3 Vtr. 1,6 Milliarden, die Flasche zu 0,6 Vtr. im Wiederverkauf über die Straße 3 Milliarden M.

Zumilagen, 22. Okt. (Einwohner.) Gestern erfolgte unter zahlreicher Beteiligung von hier und auswärts die Einweihung des neu angelegten schönen Friedhofs samt Kriegerdenkmal. Die Pläne hiebei Schöpfungen stammen von der Firma Architekt Bärger u. Roman-Heinrich. Schilke, 23. Okt. (Vor dem Schwurgericht.) Gratz begann hier vor dem Schwurgericht, das sich von Offenburg herher begibt, die Verhandlung gegen Fabrikarbeiter Behele von hier, des des Mordes an dem Lodenfabrikanten Hermann Kornhäuser hier beschuldigt ist.

Stuttgart, 24. Okt. (Staatspräsident Dr. Hieber in München.) Staatspräsident Dr. von Hieber ist Dienstag mittag in München eingetroffen und hatte mit dem bayerischen Ministerpräsidenten eine längere Aussprache. Er hat sich dabei für die bevorstehende Reichsratsitzung über die Auffassung der bayerischen Regierungsstellen in dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich unterrichten lassen. Zugleich informierte er die bayerische Regierung seinerseits über die des württembergischen Staatsministeriums. Die „Münchener Neueste Nachr.“ erfahren dazu, daß bei der württ. Regierung die Hoffnung bestehe, daß die Aussprache in Berlin zu einer Klärung führen werde.

Brotpreis. Die Steigerung des Preises für Weizenbrot von 680 Millionen auf 1,7 Milliarden hat große Bestürzung erregt und das Staatsministerium hat sich am Dienstag noch in einer Nachsitzung mit der Frage beschäftigt, ob eine Herabsetzung möglich sei. Die Frage war zu verneinen. Der Brotpreis ist auf dem Kleinverkaufspreis von 150 Milliarden für den Doppelzentner berechnet. Dieser Preis liegt erheblich unter dem Marktpreis. Würden die Bäcker gezwungen, Mägen zu verkaufen, so müßten sie in einigen Tagen erliegen und die Brotversorgung wäre zusammengebrochen. Eine Verbilligung aus öffentlichen Mitteln ist bei der Lage der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen unmöglich; sie würde für Württemberg allein täglich hunderte von Millionen kosten. Auch der Mühlbesitzer hat sich mit der Frage der Brotpreisberabsetzung beschäftigt, konnte sich aber den dargelegten zwingenden Gründen nicht verschließen.

Milliardenpreise. Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte kostet 4,8, Rindfleisch 2. Güte 4,5, Kuhfleisch 1. Güte 3,8, 2. Güte 3,0-3,2, Kalbfleisch 4,6, Schweinefleisch 7 Milliarden, Hammelfleisch 5 und Schaffleisch 3,5 bis 4,2 Milliarden das Pfund. — Brotpreise: je 100 85prozentiges Weizenbrot 1700 Millionen, 75prozentiges Schwarzbrot 1950 Millionen, Weißbrot 2200 Millionen und ein Weiden 100 Millionen Mark.

Die Bezüge der Beamten. Dem Vorgehen des Reichs entsprechend ist den württ. Beamten für das vierte Oktoberviertel die angeordnete Zahlung in doppelter Höhe zu leisten. Anstelle der in der Bekanntmachung des Finanzministeriums für das vierte Quartier angeordneten Beträge sind somit zu zahlen: an Orten ohne Ortsrat Sonderzuschlag das 76 000fache an

Orten mit ortl. Sonderzuschlag nach der 1. Stufe das 76 000fache, nach der 2. Stufe das 78 800fache und in Stuttgart das 80 560fache der Grundbesitze.

Bekämpfung des Kartoffelmuchers. Vom Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: Der Landwirt Ernst Breitenbacher aus Bisingen a. d. Eng. der sich auch mit dem wilden Kartoffelhandel befaßt, verlangte am 20. ds. Mts. für einen Zentner Kartoffeln 6 1/2 Schweizer Franken. Auf Vorhalt der Verbraucher, daß dieser Preis doch etwas zu hoch erscheine, setzte er ihn auf 6 Franken herab. Das Wucheramt griff ein, verbot die Kartoffeln zu einem angemessenen Preis und beschlagnahmte den Erlös, da dieser der Einziehung unterliegt. Breitenbacher wurde, da es sich um einen besonders schweren Fall von Preiswucher handelt, festgenommen.

Badung, 24. Okt. (Familientragödie) Der im Zwischensiedler wohnende Geber Fritz Kutteroff hatte mit seiner zweiten Frau ein geträubtes Zusammenleben. Am Samstag und Sonntag kam es nun bei lässigen Ausritten so weit, daß der Mann drohte, Frau und Kinder zu erschlagen. Am Montag früh begab sich Kutteroff mit seinem vierjährigen Töchterchen auf die Bühne, um Angerferne auszumachen, wie er jagte. In Wirklichkeit schritt er aber in geistiger Nervosität dazu, dem Kinde und sich selbst die Halschlagader zu durchschneiden. Von dem Sohne wurden kurze Zeit darauf die Leichen verblutet, als Leichen aufgefunden.

Überstufung, 23. Okt. (Wein.) Bei der Versteigerung des Portugieser waren zahlreiche Weine und Weingärtner anwesend. Erzielt wurde 90 Goldmark pro Hektoliter, umgerechnet nach dem Satz für die Landabgabe am Tage der Zahlung. Quantität schlägt allgemein etwas vor.

Spaichingen, 24. Okt. (Schandhuben.) Die Spengungen des Bienenstandes von Oberlehrer Maier in Kirchheim ist nun aufgefahrt worden. Haupttäter und Anführer sind der lebige, 20 Jahre alte Harmonikmacher Johs. Faltis und der verheiratete 30 Jahre alte Schreinermeister Pius Haring. Sie fertigten den Sprengkörper und bingten zur Ausführung der Tat den 17 Jahre alten Landwirtssohn Konrad Weg und den gleichaltrigen Schreiner Josef Hengeller. Die beiden jungen Leute führten gegen eine Belohnung von je 20 Millionen Mark die schändliche Tat aus, die Oberlehrer Maier einen Schaden von rund 50 Millionen Mark zugefügt hat. Sämtliche Beteiligten sind verhaftet.

Rotweil, 24. Okt. (Ehrung. — Wahl.) Stadtschultheiß Stäcker wird nach einem Beschluß des Gemeinderats bei seinem Rücktritt am 1. Dezember d. J. das Ehrenbürgerrecht verliehen werden. — Die Wahl des neuen Stadtvorstands ist auf Sonntag, 9. Dezember, festgesetzt worden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt. Streik im Braunkohlenbergbau. Die Streikbewegung im Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat sich auch auf einen Teil der Reviere ausgedehnt, die bisher noch arbeiteten, so vor allem auf das Niederlausitzer Revier. Mit Ausnahme der „Heggrube“ ist dort der Streik allgemein. Ferner streikt heute das Forster Revier und die Glasindustrie dieses Bezirkes. Die Militärrevolte in Griechenland gescheitert. Nach der „Agence d'Athènes“ wurde die Meuterei einiger Provinzgarnisonen bis auf Korinth, Patras, Kalamata beigelegt. Die Regierung verhängte den Belagerungszustand. In Athen und dem Piräus herrscht Ruhe.

Handel und Verkehr. Dollarstand am 24. Oktober:

Berlin	62 842 500 000 G.	63 157 500 000 Br.
1 Goldmark	= 15 (13,367) Milliarden Papiermark.	
Amtl. Berliner Devisenkurse vom Mittwoch, 24. Okt.:		
Amsterdam	24 338 500 000 G.	24 661 500 000 Br.
Brüssel	3 112 200 000 G.	3 127 800 000 Br.
Christiana	9 675 750 000 G.	9 724 250 000 Br.
Kopenhagen	10 872 750 000 G.	10 927 250 000 Br.
Stockholm	16 558 500 000 G.	16 641 500 000 Br.
Italien	2 793 000 000 G.	2 807 000 000 Br.
London	284 287 500 000 G.	285 712 500 000 Br.
Paris	3 650 850 000 G.	3 669 150 000 Br.
Schweiz	11 271 750 000 G.	11 328 250 000 Br.
Spanien	8 379 000 000 G.	8 421 000 000 Br.
Deutsch-Oesterreich	887 775 G.	892 225 Br.
Prag	1 875 300 000 G.	1 884 700 000 Br.
Buenos Aires	19 551 000 000 G.	19 649 000 000 Br.

Wirtschaftszahlen vom Mittwoch:

Personenverkehrsindex (ab 25. Okt.)	1,5 Milliarden.
Güterverkehrsindex (ab 25. Okt.)	3 Milliarden.
Goldumrechnungssatz f. Steuern (24. 10.)	13,3 Milliarden.
Buchhändlererschließelzahl (ab 24. Okt.)	13 Milliarden.
Buchdruckererschließelzahl (ab 24. Okt.)	600 Millionen.
Beltungsanzeigenschließelzahl (23. Okt.)	12 Millionen.

Amtl. Berliner Produktennotierungen vom 24. Okt. (In Milliarden): Weizen, märk. 116-118, fest; Roggen, märk. 100-105; Haber, märk. 80-81,9; Weizenmehl 310-350; Roggenmehl 300-350; Weizenkleie 39-40; Roggenkleie 39-40.

Stuttgarter Börse, 24. Okt. Die Börse verkehrte in fester Haltung, die Kurse zogen weiter an, aber lange nicht entsprechend den Devisen oder Warenpreisen. Es notierten in Milliarden Prozent: Vereinsbank 25 (+ 13,5), Anilin 360 (+ 200), Besser Verlag 7,9 (+ 2,9), Heidelberger Zement 85 (+ 25), Daimler 48 (+ 37), Kaiser Otto 100 (+ 80), Leibbrand 30 (+ 18), Krumm 50 (+ 30), Magirus 70 (+ 58), Reckersulmer 50 (+ 29). — Auch der Fremdverkehr war ziemlich fest.

Sopfen. In Fetzernung ist der Handel wieder sehr lebhaft, es ist aber wenig künstliche Ware vorhanden. Bezahlt wurden bis 800 Millionen.

Autorenverlagerung Stuttgart. Auf der Hülsektion wurden folgende Preise erzielt (in Goldpfennigen): Strohhaute 30-40 Pfd. 70, 50-50 Pfd. 64,75-67,5, 60-70 Pfd. 64,75; Winterhaute 20-20 Pfd. 77,5, 30 bis 40 Pfd. 78,5-81,75, 50-50 Pfd. 75,5-80, 60 bis 70 Pfd. 70-72,5; Ochsenhaute 30-20 Pfd. 78,5, 30-40 Pfd. 76,75, 50-50 Pfd. 71,25, 60-70 Pfd. 72, 80-90 Pfd. 63-63,25, 100 und mehr Pfd. 60; Füllhaute 20-20 Pfd. 85, 30-40 Pfd. 79,5, 50 bis 50 Pfd. 67,5, 60-70 Pfd. 61,75-65, 80-90 Pfd. 54,5, 100 und mehr Pfd. 43. Norddeutsche Haute 50, Stalbfelle unter 9 Pfd. 140-154, über 9 Pfd. 134 bis 149,5, Prefferfelle 103.

Württ. Fruchtstamm. Der Schranne in Reutlingen waren 68,14 Htr. Weizen, 147,20 Htr. Gerste, 319,71 Htr. Haber, 27,32 Htr. Alber Dinkel zugeführt. Preise per Htr. in Milliarden: Weizen 14-27, Gerste 15-25, Haber 10-15, Alber Dinkel 15-25. — In Urach wurden pro Htr. bezahlt: Dinkel 13 bis 22, Gerste 15-23, Haber 8-14, Weizen 10,2-30, Roggen 18. — Reutlingen: Weizen 23-29, Roggen 22-29, Gerste 18-27, Haber 18-23, Erbsen 30 Milliarden M. je der Zentner.

Kartoffelher Produktion, 24. Okt. (Goldmarkpreise.) Weizen und Mehl: Der Markt ist still. Geschäfte sind der immer mehr in Erscheinung tretenden Getreidemarkt wegen unmöglich. Es können folgende nominelle Preise genannt werden (alles in Milliarden M.): Weizen 275-300, Roggen 200-220, Gerste 200-210, Haber 200-210, Weizenmehl 485-500, Roggenmehl 420-430, Kleie je nach Fabrikat 75-110, Maiskeime und Bierceber ohne Sad zirka 80. Für Weine hörte man nennen: Alter Rotwein der Rier ohne Steuer 50 Goldpfennige, alter Rotwein der Rier ohne Steuer 70-75 Goldpfennige.

Letzte Nachrichten.

Bayern und das Reich.

Berlin, 25. Okt. Der Antrag Württembergs auf Besprechung der bayerischen Frage in einer Sitzung der himmbergschlachten Mitglieder des Reichsrates, die daraufhin auf gestern Nachmittag auf 6 Uhr angesetzt war, wurde im Laufe des gestrigen Nachmittages zurückgezogen. Anstelle der geplanten Reichsratsitzung fand am Grund eines neuerlichen Antrages Württembergs eine Sitzung der Ministerpräsidenten und der Gesandten der Länder in der Reichskanzlei statt, wobei der bayerische Gesandte Dr. von Preger den Standpunkt der bayerischen Reichskanzler Dr. Stresemann den der Reichsregierung darlegte.

In längerer Besprechung veränderten die Ministerpräsidenten und Gesandten dann eine einstimmig angenommene Erklärung, die der württembergische Staatspräsident Dr. von Hieber zur Verlesung brachte:

„In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfrage für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne eines größeren Selbständigkeits der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden.“

Nachdem Staatspräsident Dr. von Hieber noch dem Wunsch Ausdruck gegeben hatte, daß sich das Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, um Schnelles wieder normale Verhältnisse herbeizuführen, stimmte Reichskanzler Dr. Stresemann den in der Erklärung geäußerten Wünschen und Wünschen der Länder zu und dankte den Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder für ihre hoffentlich erfolgreiche Mitwirkung bei der von dem gesamten deutschen Volk ersehnten Wiederherstellung einer völligen Einheit des Reiches.

Die Trennungsversuche der Pfalz.

Berlin, 24. Okt. Der „Vorwärts“ meldet aus Kaiserslautern, daß dort alle Vorbereitungen getroffen worden seien, um noch im Laufe des heutigen Tages die Erlösung der pfälzischen Republik im Verbände des Deutschen Reiches zu vollziehen.

München, 25. Okt. Ministerpräsident Dr. v. Knilling erklärt einen Aufruf an das pfälzische Volk, in welchem gesagt wird, daß unverantwortliche Elemente versuchen, die Pfalz von ihrem Mutterland auf den Wajonetten der französischen Besetzung loszutrennen. Diese wollten den Gegensatz zwischen Bayern und dem Reich zum Anlaß nehmen. Bei den Gegensätzen komme aber eine Trennung Bayerns vom Reich niemals in Frage. Es wird dann gesagt: Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr fester Glaube an ihr trotz des schwersten Unglücks geliebtes, deutsches und bayerisches Vaterland haben den verabscheuungswürdigen Anschlag hochverräterischer Volksgenossen vereitelt. Die bayerische Staatsregierung sagt der pfälzischen Bevölkerung in allen ihren Schichten und Berufen für ihr rühmliches Verhalten und ihre Treue und Anhänglichkeit herzlichsten Dank und höchste Anerkennung, zugleich mit der Versicherung daß der Pfalz ihre Treue zur bayerischen und deutschen Heimat unvergessen bleiben wird. Bayern und die Pfalz, Gott erhalt's, zum Wohle unseres geliebten deutschen Vaterlandes!

Die rheinische Putschbewegung.

WZB. Köln, 24. Okt. Ueber die augenblickliche Lage ist zu berichten:

In Arefeld ist das Rathaus in den Händen der Polizei, von der vier Beamte schwer verwundet worden sind. Als die Versammelten in einem Krankenauto abgeholt wurden, wurde das Auto von einem Trupp Sonderbündler angehalten. Des in dem Auto sich befindliche bereits schwerverwundete Polizeikommissar Schneider erhielt einen zweiten Bauchschuß. In seinem Aufkommen wird gewartet. In einem Umkreis von 100-150 Metern ist das Rathaus von den Sonderbündlern abgesperrt, die zum größten Teil mit Karabinern bewaffnet sind.

In Mönchen-Gladbach verlangten die Arbeiter gestern Nachmittag die Auslieferung der Sonderbündler. Ein sonderbündlerischer Wachmeister forderte seine Kameraden auf, gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Da sie das jedoch ablehnten, verlegte er einen Beamten durch einen Pistolenschuß schwer und floh dann zu den Belgieren. Die Arbeiter stürmten das Rathaus zusammen mit der Polizei. Die Sonderbündler flüchteten über die Dächer. Die Arbeiter trugen den alten Bürgermeister auf den Schultern nach dem Rathaus. Der sonderbündlerische Bürgermeister ist, wie gemeldet, ums Leben gekommen. In den Straßen bewegten sich große Menschenmengen, die voll Begeisterung das Deutschlandlied sangen. Die Arbeiter bildeten zusammen mit der Polizei einen Selbstschutz, der das Rathaus besetzt hielt. Nachtlich verhafteten die Belgier den 100 Mann starken Selbstschutz. Die Verhafteten mußten mit erhobenen Händen nach dem Bahnhof gehen, von wo sie wahrscheinlich nach Kachen befordert wurden.

In Bonn stehen die öffentlichen Gebäude unter dem

Schutz der Franzosen, die Abperrungen vornehmen. Die Bevölkerung ist äußerst erregt.

WZB. Mainz, 24. Okt. Nachdem gestern in später Abendstunde die Fahnen der sogenannten Rheinischen Republik vom Regierungsgebäude (Kreisamt) heruntergeholt worden war, räumten die Separatisten das Gebäude am späten Abend. Somit ist der Hauptort fast vollkommen gesäubert. Zwischen der Arbeiterschaft und den Separatisten, die zum Bahnhof eilten, ist es heute erneut zu heftigen Prügeleien gekommen, wobei eine Anzahl Separatisten schwer verletzt worden sein soll. Man spricht sogar von einigen Toten. Heute Vormittag ist die Lage wieder normal. Die Geschäfte haben zum Teil wieder geöffnet. Ueberall wird gearbeitet.

WZB. Koblenz, 24. Okt. Nachdem die Sonderbündler bis zum Nachmittag Verhaftungen erhalten hatten, marschierten sie gegen 4 Uhr nach dem Schloß, den Sitz der Regierung, besetzten es und hielten die grünweißrote Fahne. Gegen 6 Uhr abends flüchtete die Polizei den Schloßplatz und besetzte das Schloß von den Separatisten, die sie nach dem Bahnhof abhoben. Auch die sonderbündlerischen Fahnen wurden entfernt. — Die Befehlshaberbehörde hat den Belagerungszustand über Koblenz verhängt.

WZB. Wiesbaden, 24. Okt. Die Separatisten halten nach wie vor die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Straßenbahnen verkehren wieder und auch die Geschäfte sind zum Teil wieder geöffnet. In den Vormittagsstunden kam es mehrfach vor dem Arbeitsamt zu erregten Szenen zwischen Arbeitslosen und Separatisten.

WZB. Saarbrücken, 24. Okt. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet aus Trier: Hier hat heute Nachmittag gegen 4 Uhr ein neuer Vorstoß der Sonderbündler stattgefunden. Die öffentlichen Gebäude sind von ihnen wieder besetzt worden. Die Druckerei der „Trierischen Landeszeitung“ und der „Volkswacht“ wurden zerstört. In der

Volkswacht wurde ein junger Mann getötet. Späher patrouillieren in den Straßen.

WZB. Trier, 24. Okt. Die Sonderbündler verhafteten den Prälaten Dr. Raab, den sie gestern freigelassen hatten, von Neuen.

Unruhen.

Aus Frankfurt a. M., Marburg, Kiel, Eisenfeld, Altona, Bremen liegen Nachrichten über Unruhen, Plünderungen und Zusammenstöße vor.

Vom besetzten Gebiet.

Als Zeichen im besetzten Gebiet kehren vor dem Schluß ihrer Betriebe.

WZB. Köln, 25. Okt. Die drei „Rheinischen Zeitungen“ aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß vom kommenden Montag an alle Zeichen im besetzten Industriegebiet ihre Tore schließen. Lediglich für die unumgänglichen Rohstoffarbeiten werden kleine Teile der Belegschaften weiter beschäftigt. Die übrige gesamte Belegschaft ist bei der Erwerbslosenfürsorge bereits angemeldet. Die Ursache zu diesem furchtbaren Schritt liegt in den völlig ergebnislos verlaufenen Verhandlungen der Industrievertreter mit den französischen Behörden in Düsseldorf. In einer Bekanntmachung der Werke wird mitgeteilt, daß bei dem Mangel an Zahlungsmitteln und bei der Unmöglichkeit, die geforderten Rohstoffe zum Abtransport zu bringen, es unmöglich sei, die Belegschaften noch weiter zu beschäftigen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altona. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Ämliche Bekanntmachungen.

Betrifft Brotmehl.

Infolge der täglichen großen Preissteigerungen sämtlicher Lebens- und Bedarfsartikel, des Preises usw. ist es uns nicht mehr möglich, die Mehlspreise eine Woche zu halten.

Wir sind daher gezwungen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl zu sichern, uns künftig den Tagespreisen des Getreides einigermassen anzupassen.

Den Abgabepreis des Mehls an die Bäcker und Mehlhändler können wir künftig nicht mehr öffentlich bekannt geben.

Wir werden vielmehr das Mehl zu dem Preis berechnen, welcher am Tage der Abholung des Mehls maßgebend ist.

Bäcker und Mehlhändler, welche in den letzten Tagen Mehl bezogen haben, oder am 16. Oktober d. J. über einen größeren Vorrat von Kommunal-Verbands-Mehl verfügten, werden von jetzt ab nur zu dem jeweiligen Tagespreis beliefert.

Diejenigen Bäcker, welche ihr bestelltes Mehl noch nicht erhalten haben, müssen einen Ubergangspreis, welcher Mk. 100 Milliarde pro Sack beträgt, bezahlen.

Ragold, den 24. Okt. 1923. Oberamt: Müng.

Berichtigung

der Bekanntmachung in der Nummer vom 18. Oktober 1923.

Die Sätze für die Bewertung der Sachbezüge beim Steuer-Abzug vom Arbeitslohn werden ab 16. Oktober auf das

50fache (hinzü) (nicht 5fache)

der vom 16. bis 30. September festgesetzten erhöht.

Der Steuerabzug unter Zugrundelegung des am 13. Oktober bekannt gegebenen 5fachen Betrags ist entsprechend zu berichtigen und nachzuholen.

Altensteig, den 24. Oktober 1923.

Finanzamt: J. B. Belg, Obersteuerinspektor.

Egenhausen,

Die Gemeinde verkauft am Samstag Nachmittag um 4 Uhr



zirka 15 Festmeter
schönes
Forststammholz.

Schriftliche Offerte sind um genannte Zeit beim Schultheiseneramt einzureichen.

Berneck.

Langholz = Verkauf.

Am Montag, 29. Oktober, mittags 2 Uhr auf dem Rathaus

ca. 14 Festmeter Forst

im schriftlichen Auftrieb. Bedingungen die staatlichen.

Gemeinderat.

Ihre Druckarbeiten

bekommen Sie in solider Ausführung nirgends billiger und schneller als in der

W. Rieker'schen Buchdruckerei,

Telefon Nr. 11. Altensteig. Telefon Nr. 11.

Altensteig-Stadt.

Bekanntmachung

betr.

Vorauszahlungen an die Gemeindesteuern j. 1923.

Nach dem Gesetz über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und den hierzu ergangenen Verfügungen sowie dem Beschluß des Gemeinderats sind auf die Staatssteuer und Gemeindesteuern für das Rechnungsjahr 1923 Vorauszahlungen zu leisten.

Dieselben betragen für das I. Halbjahr (1. April bis 30. Sept. 1923) das 200 fache für die kommenden Monate je Monat das 40 000 fache der Steuerbeiträge des Vorjahres.

Die fälligen Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer sind vom 1. Juli 1923 ab von Gewerbetreibenden mit 10 oder mehr Angestellten und Arbeitern mindestens in Höhe von 1 v. H. der im Vormonat bezahlten Gehälter und Löhne zu leisten.

Die Vorauszahlungen sind je in den ersten 8 Tagen jeden Monats an die Stadtpflege zu entrichten.

Bis zum 8. November 1923 müssen die Beträge für das I. Halbjahr und für die Monate Oktober und November bezahlt sein.

Für verspätet geleistete Zahlungen sind Zuschläge, die sich in folgender Weise berechnen, zu entrichten:

Der Betrag der fälligen Zahlung wird durch den Gesamtumschlag für Steuern geteilt, der am Verfalltag maßgebend ist. Der sich durch die Teilung ergebende Betrag wird mit dem im Zeitpunkt der Zahlung maßgebenden Umschlagssatz vervielfacht. Der Unterschied zwischen den beiden Beträgen wird als Zuschlag erhoben. Der Zuschlag beträgt, auch bei gleichgebliebenem oder geringerm Umschlagssatz, mindestens 10 v. H. der ursprünglich fälligen Zahlung; er ist auf volle 100 000 Mk. nach oben aufzurunden. Den 23. Oktober 1923.

Stadtschultheiseneramt.

Für November

sind Bestellungen auf unsere Zeitung sofort zu machen, wenn unsere Zeitung ununterbrochen in den Besitz der Leser kommen soll.

Wir liefern unsere Zeitung: im direkten Verkehr

(durch die Austräger und Agenten) gegen wöchentliche Bezahlung,

durch die Post

gegen eine vorläufige Anzahlung und Nacherhebung des Restbetrages, sowie

gegen Lieferung von Naturalien.

Harmonium

zu verkaufen. Kartoffeln u. f. w. werden in Zahlung genommen.

Musikhaus Griehmeyer Pforzheim, Wehl. 9. Telefon 1058.

Gebrüder. Freudenstadt: Lutz Haus, geb. Glauner, Saitenmacher, We.

Tausch!

1 Leiterwagen, 70 St. Tragkraft oder 1 Dungwagen, 35 St. Tragkraft, gegen Kartoffel u. Kraut zu tauschen gesucht.

Dietrich Eitel, Wilbhad Rennbachstr. 212.

Die 2. Nachzahlung

für III. und IV. Oktoberviertel ist den Gehaltsempfängern am 24./25. Okt. 23 überwiesen worden.

Staatsrentamt Girsau.

Landw. Bezirksverein Calw.

Auf Lager ist:

Thomasmehl in 1 1/2 Zentner-Zutensäcken zu 6 Goldmark pro Zentner.

Rheinianphosphat in 1 1/2 Zentner-Zutensäcken zu 7,2 Goldmark pro Zentner.

Ausgabe gegen Bar oder Tausch gegen Kartoffeln oder Getreide und zwar:

1 Zentner Thomasmehl gegen 2 Zentner Kartoffeln bzw. 80 Pfd. Weizen, 70 Pfd. Roggen oder 1 Zentner Hafer.

1 Zentner Rheinianphosphat gegen 2,4 Zentner Kartoffeln bzw. 70 Pfd. Weizen, 85 Pfd. Roggen oder 1,2 Zentner Hafer.

Ferner ist auf Lager:

Kalifalz 4 Prozent, Koch- und Viehsalz, Raimit, Hafer.

Ausgabe Mittwoch und Samstag.

Die Geschäftsstelle.

Altensteig.

Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am Samstag, den 27. Oktober, nachmittags 2 Uhr in der Stadtkirche in Altensteig stattfindenden Trauung laden wir Verwandte und Bekannte bestens ein.

Christian Schaile, Postschaffner,
Margarethe Henzler.

Altensteig.

Infolge der ungeheuren Teuerung der Getränke bringen wir zu jeder Tagesstunde

Malzkaffee zum Ausschank.

Krambrüder zum Schwanen
Carl Zug zum Bad
Fr. Seeger, Bäcker und Wirt.

Altensteig.

Rein auffortiertes Lager in guten

Tabakwaren wie

Cigarren | Rauchtabak
Cigaretten | Kautabak
Cigarettentabak | Schnupftabak

bringe ich hiemit in empfehlende Erinnerung.

Lorenz Luz jr., Tel. 46